

Literatur

- Bauman, Zygmunt (2004): *Verworfenes Leben. Die Ausgegrenzten der Moderne*, Hamburg.
- Davis, Mike (2004): *Die Geburt der Dritten Welt. Hungerkatastrophen und Massenvernichtung im imperialistischen Zeitalter*, Berlin.
- Davis, Mike (2004): *Planet of Slums*, London.
- Habermas, Jürgen (1974): *Legitimationsprobleme des Spätkapitalismus*, Frankfurt/Main.
- Hardt, Michael; Negri, Antonio (2003): *Empire. Die neue Weltordnung*, Frankfurt/Main.
- Hobsbawm, Eric (1995): *Age of Extremes. The Short Century 1914-1991*, London.
- Foucault, Michel (2004): *Geschichte der Gouvernementalität III*, Frankfurt/Main.
- Komitee für Grundrechte und Demokratie (2007): *Jahrbuch 2007. Menschenrechte und Völkerrecht*, Münster.
- McKibben, Bill (2007): *Deep economy: economics as if the world mattered*, Oxford.
- Nussbaum, Martha X. (1986): *The fragility of goodness. Luck and ethics in Greek tragedy and philosophy*, New York.
- Thompson, E. P. (1966): *The making of the English Working Class*, New York.

Rainer Rilling

»... and increasingly quacks like an empire«: eine Annäherung an »Imperialität«

So, call it as you prefer, ladies and gentlemen,
but if it looks like an empire, and acts like an empire,
and increasingly quacks like an empire, well, perhaps you know what it is?
Der Historiker Paul Kennedy am 1. April 2003

Doppelgänger

Die spektakuläre Kriegszeit seit 9/11 2001 steht bei allen politischen Richtungen fast unbestritten für eine Wiederkehr der totgeglaubten Gespenster des Imperialismus und imperialer Macht. Was mit dem Ende des Kalten Krieges und seiner bipolaren Konstellation als definitiv überwunden galt, kehrte wieder: ein neuer militärischer und kultureller Autoritarismus legte sich über die globalisierte internationale Ordnung. Die *starke* Politik nach dem Millenniumswechsel konkurrierte ganz plötzlich mit der Macht der *starken Ökonomie* der in den 90ern entfesselten Märkte der new economy und neoliberalen Inwertsetzung. Wie soll dieses plötzliche Doppelgängertum von neoliberaler Selbstentmachtung der Politik zugunsten einer starken Machroökonomie und souveränistischer Selbststärkung des Politischen verstanden werden? Steht es für eine Krise oder gar Erschöpfung des neoliberalen Modells oder nur für einen Formwechsel, vielleicht sogar für einen neuen globalen Ausgriff? Wie es benennen?

Namen ohne Begriff

Begriffe, die Zeiten repräsentieren und unterscheiden, Ordnungen, Regime oder Schlüsselakteure benennen und Abhängigkeiten oder Trends interpretieren, sind selbst zeit- und machgebundene Konstrukte und stehen für Diskurshegemonie, wie Toni Morrison schrieb: »definitions belong to the definers – not the defined.« (Morrison 1987: 190) Bei der Bestimmung von Begriffen, die weiträumige Gültigkeit beanspruchen, geht es rasch um offene und verborgene Interessen und Motive, also um die Subjekte neuer, weit ausgreifender Konstellationen der Macht, die Hintergrundverständnisse für Alltagsorientierungen transportieren. Zweifellos ist mit dem Zusammenbruch des Staasozialismus eine neue Ära der internationalen Politik eingeläutet worden, doch sie hat ihre eigene zentrale Begrifflichkeit

bis zum heutigen Tage noch nicht gefunden. In den 1920er und 30er Jahren – der *Zwischenkriegszeit* – ging es um »Faschismus«, »Volksfront«, »Isolationismus«, »Appeasement« und »Krieg«. Der »Kalte Krieg« beschrieb sich mit Begriffen wie »Stalinismus«, »Freiheit«, »Containment«, »Deterrence« oder »Détente«. Die Zeit nach 1989 aber hat ihre vielen Namen noch nicht auf einen Begriff gebracht. Sie verhandelt »Unipolarität«, »Globalisierung«, »Terrorismus«, »Prävention«, »Freiheit« oder »Empire«, »Postfordismus« oder »Neoliberalismus«. Seit 2001 wird wiederum nahegelegt, eine Ära mit einer anders strukturierten Grundkonstellation als eine Zeit des Krieges, des »Krieges gegen den Terror« auszuzeichnen – dass die dominierenden Vorschläge zur Bestimmung der Zeitläufte äußerst gerne auf Kriege zurückgreifen, ist offensichtlich: dem »Ersten Weltkrieg« folgen die »Zwischenkriegszeit« und der »Zweite Weltkrieg«, dann der »Kalte Krieg« und die Beschwörungen des »dritten« oder »heißen« Krieges. Noch aber ist dieser Vorschlag umstritten. Es scheint, als ob sich die Diskursherren uneinig sind. Als Francis Fukuyama vom »Ende der Geschichte« sprach, also (ungeachtet seiner späteren Dementis) die Endlosigkeit des triumphierenden Liberalismus heraufbeschwor, ging damit ein Friedensversprechen einher. Über die Charakterisierung des letzten Vierteljahrhunderts oder gar der Zwischenzeit seit 1989 besteht keine Einigkeit.

Linke Debatten

Diese ungewöhnliche begriffspolitische Unübersichtlichkeit macht keinen Bogen um die Linke, die ungeachtet manch bitterer Erfahrungen ihren Hang zur politischen Hochschätzung terminologische Geradlinigkeit keineswegs aufgegeben hat. Bei der Erfassung der neuen politischen Konstellation nach 1989 waren für sie vor allem zwei Debatten von Bedeutung (sieht man von dem schmerzhaften Umgehen mit den wertgeladenen Formationsbegriffen »Kapitalismus« und vor allem »Sozialismus« ab).

Eine Debatte, die nach der *politischen Ordnung der globalisierten Welt* fragte, war die neue *Empire*-Debatte, die Anfang der 90er Jahre neu entstand und zwischen 1998 und 2005/6 ihren Höhepunkt hatte.¹ Sie transportierte gegenüber den in der Linken vorherrschenden gramscianischen Hegemoniekonzeptionen (Cox 1981; Cox 1983; Candetas 2004; Morton 2006) bzw. Governance-Ansätzen (Wilkinson, Hughes 2002) eine Wiederkehr der Imperialismustheorie² mit ihrer Betonung der militärischen bzw. kriegerischen Aspekte sowie der Ressourcen- bzw.

Rohstofffrage und lenkte den Blick auf die Rolle der USA, deren Politik sie als imperial bzw. imperialistisch interpretierte. Im Resultat ist es zunehmend üblich geworden, die gegenwärtigen internationalen oder transnationalen Beziehungen nicht mehr nur als hegemonial, sondern auch als *imperial* zu bezeichnen (Chibber 2004; Foster 2006; Gowan 2003; Gowan 2004; Gowan 2005; Gowan 2006; Panitch, Gindin 2004; Porter 2006; Robinson 2004; Smith 2005; Sparke 2004; Steinmetz 2005).

Parallel hierzu und damit kaum verbunden findet sich eine weitere anhaltende zeitdiagnostische Bemühung um die Charakterisierung der *Entwicklungstypik* des gegenwärtigen Kapitalismus. Unter zahlreichen Vorschlägen stechen zwei hervor: ausgegangen wird entweder von einer *Übergangssituation* (»Postfordismus«) (Bischoff 2006) oder es wird der Globalkapitalismus der Gegenwart als *neoliberal* geprägt bestimmt (Piehwe u. a. 2006; Zarembka, Soederberg 2004). Als spezifische Merkmale seiner politischen Ökonomie gelten hier häufig die Schlüsselrolle der Finanzmärkte (Brie 2006) und die »Akkumulation durch Enteignung«³.

Seit Mitte dieses Jahrzehnts sind nunmehr auch verschiedene Diagnosen einer neuen *Krisenhaftigkeit* des neoliberalen Kapitalismus hinzugekommen. Danach befindet sich der Neoliberalismus in einer sich ausweitenden *Legitimationskrise* – als Beispiel gelten die wahlpolitischen Verschiebungen zu einer breiten (Lateinamerika) oder radikal-minoritären (Europa) Linken, die Blockaden des politischen Systems oder politische Passivität. Eine Grundfrage dieser Zustimmungskrise wird in der *sozialen Krise* gesehen, die das neoliberale Projekt der Umverteilung und Durchsetzung sozialer und räumlicher Ungleichheiten mit sich gebracht habe (Harvey 2005: 9 ff., 154 ff.; Huffschmid 2003). Beide Momente mündeten in einer disperse, ungleichzeitige und ungleichgewichtige *Funktionskrise* einzelner Herrschaftsmechanismen des neoliberalen Kapitalismus ein – etwa der Einrichtungen des »imperialen Multilateralismus« (so Wahl 2007: 26 f.) wie G8, Weltbank, WTO, IWF oder der Instrumentarien des finanzmarktgetriebenen Akkumulationstyps.

Aus diesen neuen Krisendiagnosen werden unterschiedliche Konsequenzen gezogen. Die einen sehen sich angesichts solcher Krisenmomente und der Aufwertung disziplinierender und militärischer Sicherungsinstrumentarien darin bestätigt, dass der Neoliberalismus nur eine vorübergehende Bewegungsform des modernen Globalkapitalismus ist oder dass diese Kennzeichnung sogar nur auf das Ideologische beschränkt werden sollte. Für diese Krisendiagnostiker ist das Hervortreten der »starken Politik« ein Indiz eines *Niedergangs* des neoliberalen Kapitalismustyps. Für sie ist die lange Zeit des liberalen Kapitalismus zu Ende – das neue Regiment aus global wirksamem Finanzkapital und internationalen Konzernen verlange nach autoritärer Ordnung der Politik. Wir erleben den Übergang

3 Siehe Harvey (2003). Zur Kritik die Beiträge von Wood, Ashman, Castree, Sutcliffe, Fine und Brenner in *Historical Materialism* 4/2006.

zu einem neuen geschichtlichen Abschnitt. Die anderen sehen hier entweder eher grundlegend einen *Formwechsel* des Neoliberalismus hin zum disziplinierenden, disziplinären oder disziplinargesellschaftlichen Neoliberalismus und erblicken hierin eher ein Anzeichen für die Modifikationskraft und Entwicklungsfähigkeit des neoliberalen Kapitalismus, der so seine Zielsetzung (Ungleichheit) (Duménil, Lévy 2004) und Reproduktionsweise (»finanzgetriebene Akkumulation durch Enteignung«) nachhaltig sichern kann. Hier werden Neoliberalität und Imperialität in der Figur eines *neoliberalen Empire* oder eines *imperialen Neoliberalismus* zusammengedacht (Nederveen Pieterse 2004; Candéas 2005). Argumentiert wird aber auch mit einem sich vollziehenden *Hegemonie- bzw. Repräsentanzwechsel* – von den USA zu China oder Westen zum Osten (Arrighi 2005). Militariserte und imperiale Politik indiziert hier das Bemühen, einen solchen Hegemoniewechsel aufzuhalten, steht also für den Niedergang des bisherigen (US-) Hegemons, also für den Verlust an Hegemonie und für Zwang ohne Konsens, nicht aber für ein Auslaufen der neoliberalen Prägung des Kapitalismus. Doch gleichgültig welche Position hier bezogen wird: in jedem Fall ist »Imperialität« im Spiel.

Probleme mit dem Begriff »Imperial«

Was aber ist unter *imperial* zu verstehen? Tatsächlich spielten Imperien und »Reiche« beim Verständnis von Weltordnung Jahrhundertlang eine Schlüsselrolle. Sie waren fundamentale Ordnungen in der Weltgeschichte. Vor einem Jahrhundert waren fast alle Territorien außerhalb Europas und dem amerikanischen Kontinent formell oder informell beherrscht von einer guten Handvoll Staaten (im wesentlichen England, Frankreich, Deutschland, Holland, Italien, USA, Belgien, Japan). Die Semantik der Imperialität war alltäglich. Aufgrund dieser langen Tradition gibt es zahllose historische Verständnisse davon, was ein Imperium denn nun ausmache.

Zu rechnen ist dabei zunächst mit dem Ballast der Begriffsgeschichte. »Empire« (Reich) stammt aus dem lateinischen *imperium* ab, das abgeleitet ist vom Verb »imperare«, »befehlen«, »(zu tun) heißen« – im *Imperativ*: der »Befehlsform« klingt dies bis heute nach. Als staatsrechtlicher terminus technicus bezeichnete das Imperium die Amtsgewalt der höchsten Magistrate; dabei bezog sich der Begriff »Imperator« zunächst auf Magistrate mit militärischem Kommando – eine Konnotation, die bis heute wirksam ist. Imperium meinte zunächst das Recht zur Durchsetzung des Rechts und dann, ab der späten römischen Republik, das anerkannte Recht auch über andere Völker zu herrschen, die legitime Autorität (so die Formel *imperium populi Romani*). »Aus dieser rechtlich weniger genau fixierbaren Befehlsgewalt über Personen wurde die Befehlsgewalt über die betreffenden Gebiete und schließlich die Bezeichnung für das beherrschte Gebiet selbst: der

Befehlsbereich wurde zum »Imperium Romanum«.⁴ Dann bezog sich der Begriff auch auf den *imperator* und die beherrschte Entität. So kombinierte das »Heilige Römische Reich« Macht, Person und politische Einheit, ein Bedeutungswandel, der sich unter Octavian/Augustus vollzog, der den Ehrentitel Imperator erhielt. Die Momente personaler Herrschaft, militärischen Zwangs und ideologisch-kultureller und moralischer Selbstverherrlichung scheinen in der Geschichte der imperialen Projekte immer wieder massiv auf, ebenso aber die im Falle Roms eher schwach ausgeprägte ausgedehnte und zentralisierte Bürokratie oder stark ausdifferenzierte soziale Gradationen wie im Falle des zeitgleichen Han-Reiches in China. Im Mittelalter war das »Imperium« auf kaiserliche und königliche Herrschaft und dem diesen zugeordneten Reich eingeschränkt. Diese Verknüpfung löste sich dann wieder auf; der Begriff der Souveränität kam ins Spiel und die politische Figur des Imperators wanderte ins Reich der Fantasy und Science Fiction ab. Die moderne bürgerliche Konzeption des Empire reflektiert mit ihrer Fokussierung auf den Nationalstaat dann ganz anders politische Herrschaft und vor allem (etwa in Zeiten eines Heinrich VIII.) Souveränität einer großen politischen Einheit. Sie operiert in der Kultur des bürgerlichen Nationalismus. Als sich die ersten bürgerlichen Theorien des Empire verbreiteten, standen diese dann auch schon für Verletzungen der Souveränität und der »Selbstbestimmung der Nationen«. Die seitdem den Imperien und dem Imperialismus zugeschriebenen und sie charakterisierenden Praxen der »nichtkonsensualen Kontrolle« (Beissinger) werden in diesem bürgerlichen Verständnis auf die Unterdrückung nicht etwa der Klassen, sondern der Nationen gerichtet. Imperien stehen hier für politische Diktatur, Okkupation, staatsrechtliche Einverleibung und werden als formalisierte Ordnungen gedacht, die fest verankert sind im System der Nationalstaaten. Verbreitet ist daher die Annahme, dass mit dem Schwinden des Kolonialismus auch das Zeitalter der imperialen Ordnung der Welt zu Ende gegangen sei.

Imperien sind aber nicht nur ganz offenbar schwierig zu definieren und zu erklären, sie haben auf den ersten Blick ihre langjährige kategoriale Identität weitgehend verloren. Aufgezählt werden Merkmale wie: Expansion, militärische Eroberung und Terror, Ausbeutung der Eroberten durch Tribute, Steuern oder Raub; Aneignung von Gütern und ihre Verteilung an Landeigentümer und Siedler; Hierarchisierung der globalen Ordnung; imperiale Projekte, Strategien und Ziele; imperiale Symbole und Institutionen, Bedeutungen und kollektive Identitäten, also eigene Kulturen und soziale Identitäten; endlich imperiale Eliten und Rekrutierungsmuster. Solche Aufzählungen sind meist am Beispiel klassischer vor- oder frühkapitalistischer Imperien gewonnen (Pomper 2005: 2, 6, 22). Sie werden in vielen Analysen und Beschreibungen auf die unterschiedlichste Weise miteinander kombiniert und kommen zudem allesamt auch in den verschiedensten anderen politischen Einheiten vor, so dass das Problem der Unterschei-

4 Siehe Fisch, Walthert (1982: 172). Zur Begriffsgeschichte siehe weiter Maier (2006: 36 ff.).

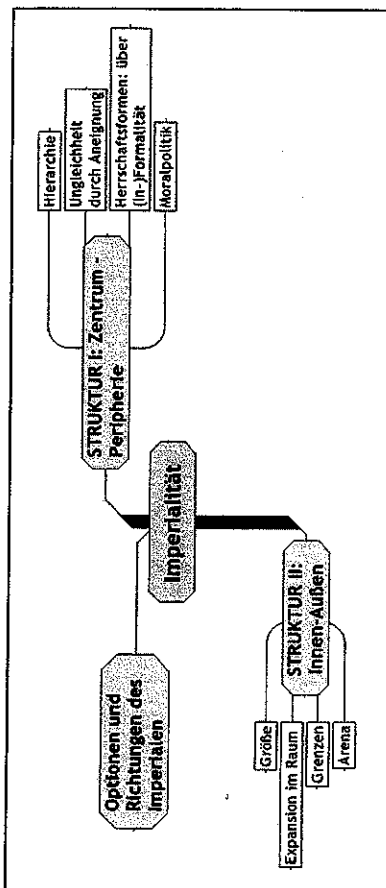
ding bleibt. Diese großen Begriffsunklarheiten haben mit bewirkt, dass der Begriff auch politisch verschlisslen wurde. Pomper etwa folgert, dass es gegenwärtig keine Imperien und imperialen Staaten mehr gebe und kein relevantes politisches Subjekt sie favorisiere. Nicht zuletzt die faschistischen Reichsprojekte hätten »thoroughly discredited all imperial projects«.

Imperiale und imperialistische Ordnungen dauerten einst Jahrhunderte. In der Neuzeit sind sie eine grundlegende Institution der politischen Moderne wie des postmodernen Kapitalismus. Nicht nur dass imperiale Projekte und Ordnungen sehr differenziert sind und ihren Charakter im Verlauf der Geschichte oft variierten. Ebenso wie es sie in vorkapitalistischer Zeit gab und in der Zeit des aufsteigenden Kapitalismus, so gab es sie in der Zeit des Imperialismus. Festzuhalten ist, dass die Wandlung mancher kapitalistischer Gesellschaften in imperialistische Ordnungen dann immer wieder auch imperiale Projekte hervorgebracht hat. Doch ebenso wie es viele kapitalistische Staaten gab, die kaum imperialistisch genannt werden konnten oder solche Qualitäten nur schwach ausgebildet hatten, gilt dies für den Zusammenhang von »Imperialismus« und »Imperialität«. Einst existierten Imperien, aber sie hatten kapitalistische oder vorkapitalistische Ordnungen, keineswegs aber einen »Imperialismus« als Grundlage.⁵ Und es gab imperialistische Staaten, deren imperiale Qualität kaum ausgebildet war (eine Situation, die heutzutage kaum noch anzutreffen ist und deshalb auch kaum noch bedacht wird). Hinzu kommt: die Qualitäten, welche eine imperiale Unternehmung ausmachen, haben unterschiedliches Gewicht und jedes dieser Merkmale für sich genommen findet sich auch in anderen Kapitalismusvarianten und Nationalstaaten: Imperien und (große) Nationalstaaten trennt keine chinesische Mauer, diese haben vielmehr historisch jene vermittelt. Eine abschließende, scharfe Abgrenzung des Begriffs »Imperialität« (»notwendig«, »hinreichend«) ist deshalb fehlerhaft – Änderungen historischer Konstellationen führen auch zu neuen Merkmalsgewichtungen und -verknüpfungen, die es dann sinnvoll machen, von »Imperialität« zu sprechen. Die Frage ist, ob es heute solche spezifischen Konstellationen gibt, die das erlauben.

Hier soll an einen grundlegenden Aspekt der traditionellen Betrachtungsweise angeknüpft werden und als *analytischer Ausgangspunkt* für ein aktuelles Verständnis von Imperialität eine doppelte Unterscheidung zwischen Zentrum und Peripherie, Kern und Rand, »Mitte« und »Extremes«, »Metropole« und »Land« – aber auch zwischen »Empire« und »Nicht-Empire«, zwischen »Innen« und »Außen« vorgenommen werden. Beiden Dimensionen können Bündel weiterer Bestimmungen zugeordnet werden.

5 Darauf zielt die Unterscheidung zwischen »Empire of Property«, »Empire of Commerce« und »Empire of Capital« ab, die Ellen Meiksins Wood (2003) beeindruckend entwickelt hat.

Übersicht I: Gliederung



Zentrum – Peripherie

Gedacht wird Imperialität als etwas, das sich durch eine spezifische *Struktüreigenschaft* auszeichnet; es geht um die *Struktur* einer Ordnung und sie wird verstanden als Beziehung zwischen *Zentrum* und *Peripherie*, also als eine Beziehung zwischen *ungleichen* Positionen, Ressourcen, Möglichkeiten etc. »A political system encompassing wide, relatively highly centralized territories, in which the center [...] constituted an autonomous entity«, formulierte 1968 Eisenstadt in einem Stichwortbeitrag zu »Empires« (Eisenstadt 1968: 41) und Motyl (2001: 4) schreibt 2001: »A core elite and state dominate peripheral elites and societies.«⁶ Auch Doyle geht 1986 in einer weit verbreiteten Analyse von dieser Unterscheidung aus: ein Empire »is a system of interaction between two political entities, one of which, the dominant metropole, exerts political control over the internal and external policy – the effective sovereignty – of the other, the subordinate periphery.« (Doyle 1986: 12) Stephen Howe (2002: 14) schließt sich an, dass »a consensus definition would be that an empire is a large political body which rules over territories outside its original borders. It has a central power or core territory – whose inhabitants usually continue to form the dominant ethnic or national group in the entire system – and an extensive periphery of dominated areas.« Auch Colás stellt in seinem exzellenten Text diese Charakterisierung in den Vordergrund: ein Empire »is an expansive polity which, with the assistance of military, economic and cultural instruments of order, dominates and exploits a subor-

6 Auch Colás und Saull (2005: 2) qualifizieren in ihrer Definition: »Empires, understood as hierarchical and exploitative forms of rule over diverse territories and peoples from and for a metropolitan centre, involve enduring structures of domination buttressed by historically specific modes of social reproduction; they are not simply forms of government, nor do they appear and reappear with shifts in foreign policy.«
7 Imperialismus ist für Doyle schlicht der Prozess der Errichtung und Aufrechterhaltung eines Empire.

minated population from a metropolitan centre.⁸ Hier wird also zur Definition des Empire ein Subjekt (metropole, core, central power etc.) bestimmt, nach der Größeneigenschaft des politischen Körpers gefragt (large political body), der Charakter einer zentralen politischen Beziehung (effective political control) und ihre Reichweite (internal and external policy) abgefragt und schließlich die vorausgesetzte Struktur (core/periphery) als Ausgangspunkt einer solchen relationalen Definition aufgerufen. Bei der Charakterisierung von Imperien von einer solchen Unterscheidung auszugehen ist analytisch tragfähig und kann zahlreiche historische Beispiele als Beleg anbringen. Mit dieser grundlegenden Unterscheidung geht eine Reihe weiterer gültiger Bestimmungen einher.

Hierarchie

Zu fragen ist nach der Qualität dieser Beziehung – sie ist für viele der entscheidende Aspekt: »How one obtains a particular result matters... The issue is not whether strong or weak (or core and peripheral) states cooperate but *the terms of cooperation*, which distinguish empire from dominion, hegemony, protectorates, alliances, and convergences of interest... *Empire, however, is essentially a matter of political form, of (formal or informal) rule*, not some particular objective sought by some, many, or even all empires/rulers.« (Donnelly 2006: 139–170, Herv. R. R.) Kommt also die Unterscheidung zwischen Zentrum und Peripherie auf eine wesentliche Weise ins Spiel, dann geht es um Asymmetrie, Hierarchie und Ungleichheit. Imperien ordnen sich hierarchisch – was sie sicherlich mit anderen Ordnungen verbindet. Die einfache Frage ist daher, ob imperiale Hierarchien etwas Besonderes sind. Tatsächlich gruppieren imperiale Hierarchien Macht entlang geographischer Linien der Über- und Unterordnung und schaffen dabei eine Struktur, bei der die Beziehung zwischen Zentrum und peripheren Orten jene zwischen diesen Orten grundsätzlich überragt.⁹ In der Regel bezieht sich diese Verbindung auf militärische oder wirtschaftliche Dimensionen der Macht.

Ungleichheit durch Aneignung

Welchen Charakter und »Inhalt« hat diese Beziehung, die Ungleichheit begründet bzw. voraussetzt? Welche soziale Qualität besitzt also ein Empire – denn es ist ein Gebäude der Souveränität und der Mächtigen und nicht der Machtlosen? Imperien

8 Colás (2006: 18) und ähnlich (ebd.: 28): »I shall assume that any single polity that successfully expands from a metropolitan centre across various territories in order to dominate diverse populations can usefully be called an empire.«
9 Colás (2006: 8) spricht sogar sehr streng von »the absence, indeed the structural impossibility, of independent relations among peripheral entities« und sieht nur im Bereich der Kultur eine Ausnahme, wo sich Hybridisierungspraxen allmählich zu einem Kranz um das Zentrum verflechten würden. Nach Colás (ebd.: 18) ist ein Empire »an expansive polity which, with the assistance of military, economic and cultural instruments of order, dominates and exploits a subordinated population from a metropolitan centre.« Ähnlich auch Howe (2002: 14) und zahlreiche andere Autoren.

zeichnen sich gegenüber ihrer »inneren« wie ihrer »äußeren« Peripherie (Umwelt) durch starke Vorteile an Verfügung über Ressourcen (Kapital/Reichtum, Recht, Kultur, Gewalt) und daraus kommender Fähigkeit zur Aneignung (bzw. Einfluss) aus, der ihre Souveränität sowie lokale Wirksamkeit begründet und ein Verlassen des imperialen Raums (exit) verhindert. *Ungleichheit durch Aneignung* ist das zentrale Merkmal dieser Beziehung (vermittelt durch Zonierung, Segregation, Attraktion, Grenzmanagement etc.). Mit den Mitteln außerökonomischen Zwangs (z. B. Krieg) erstellen und sichern Imperien die Bedingungen und den Prozess der Aneignung (im Kern: den asymmetrischen Prozess der Kapitalakkumulation – aktuell mit dem Gewicht auf Akkumulation durch Enteignung) und finanzieren sich übrigens auch oftmals darüber (»Tribut«).

Zu dieser Frage nach der Qualität der zentralen *Strukturbeziehung* von Imperialität gehört auch eine Aussage über ihre *Reichweite*, also darüber, auf welche Felder, Gebiete oder Bereiche der Politik sie sich erstreckt. Und damit zusammenhängt auch die Frage, welche Eindringtiefe imperiale Politik hat (*Intrusion*), ein Problem, das im letzten Jahrhundert mit dem Konzept des Totalitären verbunden wurde. Oft findet sich die Unterscheidung zwischen imperial (Intervention in eine andere politische Einheit ohne sie tatsächlich strategisch oder operativ zu regieren), hegemonial (Setzen der Regeln) und kolonial (wirkliches Regieren der inneren Angelegenheiten eines untergeordneten politischen Gemeinwesens).¹⁰

Herrschaftsformen: über (In-)Formalität

Wesentlicher in der Geschichte der Debatte über Imperien und Imperialität als die Frage nach der Struktur und Reichweite von Herrschaft war immer wieder die *Formfrage* und die Unterscheidung zwischen formeller und informeller (bzw. direkter und indirekter) Herrschaft. Lange wurde davon ausgegangen, dass eine *formelle* Kontrolle von *Territorien* jenseits der Grenzen eines Nationalstaates ein notwendiges oder ausreichendes Kriterium sei, um von einem Empire sprechen zu können. Mittlerweile werden allgemein differenzierte und *komplexe* Formen imperialer Herrschaft ins Auge gefasst, welche »both formal annexation and informal domination, direct political rule and indirect economic control« miteinander verknüpfen.¹¹ In der Regel wird aber gleichwohl die Dominanz hierarchisch ange-

10 Siehe Cooper (2005: 2). Dieser Unterscheidung wird hier nicht gefolgt.

11 Michael Cox (2007a: 21) und Cox (2007b). Demgegenüber die Definition von Abernathy (2000: 19), wonach ein Empire eine »relationship of domination and subordination between one polity (called the metropole) and one or more territories (called colonies) [se] that lie outside the metropole's boundaries yet are claimed as its lawful possessions«. Ähnlich auch Agnew (2005: 22): »Hegemony's difference from empire, however, lies in (1) its lack of explicit commitment to the territorial or geographical – bloc organization of power per se and (2) its reluctance, to some degree, on persuading or rewarding subordinates rather than immediately coercing them, although even empire as »absolute hegemony« is never reliably achieved purely by coercive means.« Ähnlich auch Maier (2006: 24 f.): »An empire in the classic sense is usually believed, first, to expand its control by conquest or coercion, and, second, to control the political loyalty of the territories it subjugates. It may rule these subject lands directly or it may install native leaders who will govern on its behalf.«

leger, *zwangsgestatteter direkter über indirekte oder informelle Kontrolle* durch Konsensorganisation als notwendiges Merkmal eines Empire angesehen, oder zumindest gilt die Formel in den Worten von Dominic Lieven »(that) there has to be some sort of direct rule over the dominion for a power to be classified as an empire« (Lieven o. J.).¹² Im strengen Sinn aber haben auch die USA im Irak keine formelle Diktatur etabliert und ihre Politik macht vor jener anerkennenden, kolonialistischen Praxis halt, *welche die Bürger zu eigenen Untertanen macht und das Land auch formell annektiert*. Auch sind ihre militärischen Basen und politischen Institutionen der Macht auf keiner eigenen, exklusiven, formellen Territorialsouveränität begründet. Dies ist eine gewichtige Differenz, denn sie zeigt, dass es hier nicht um die formelle Aneignung eines Territoriums, sondern *um die materiell-autoritative politische Ordnung des Raumes* geht – also um eine politische Praxis, die auf das zielt, was einst Carl Schmitt die »Großraumordnung« genannt hatte und in deren Mittelpunkt für ihn die »Raumhoheit« steht, welche die einst völkerrechtlich unstrittig fixierte »Gebietshoheit« abgelöst hat. Raumhoheit hat zwar auch einen territorialen Bezug, ist aber eben nicht an den National- und Territorialstaat gebunden.

Imperien kombinieren die Einheit der illusionären imperialen Gemeinschaft mit innerer Vielfalt und Vielfalt (als Opposition der Vielfalt der Peripherie (Kolonien, Protektorate, koloniale Mandate, Departments, föderale Gemeinwesen usw.) gegenüber der Homogenität des oftmals bürokratischen Zentrums oder als inneres Beziehungsgefüge eines multiethnischen oder multinationalen Staatsvolks).¹³ Die Zentren oder der Kern der Imperien sind also äußerst komplexe und extensiv gebaute Regierungs- und Machteinrichtungen; ihre Fähigkeit, eben auch krass heterogene Elemente zu integrieren, zeichnen sie aus. Sie können *Diversity Management*. Dabei verläuft die imperiale Struktur nicht zwischen Staaten, sondern zwischen den Zentralakteuren imperialer Macht, intermediären Akteuren und ihren Gefolgschaften. Solche intermediären Akteure der Praxen existierten lange bevor einst ein *Lord Lugard* das alles dann »indirekte Herrschaft« nannte. Doch sie sind dabei kaum noch als Kompradoren, externalisierte Teile einer imperialen Bürokratie oder inthronisierte Machthaber zu denken – solchen Figuren fehlt vertrauensschaffende Autonomie. Gefragt sind vielmehr Broker und Mediatoren, welche die Klängen imperialer Macht verborgen halten. Auch ihre Funktion ist eine andere, erinnert man sich an einen Grundsachverhalt, den Coias zu Recht betont: »Indeed, empires can be said to control territories through their command over people – be they colonial settlers or vassal subjects – whereas sovereign states

12 Lieven hält die USA nicht für ein Imperium. Aber: »Whether or not one chooses to define the United States or the Soviet Union as empires, their conflict was truly imperial.« (Zit. nach Pomper (2005: 3)).

13 Vergleiche etwa die Bestimmungen des Empire durch Donnelly (2006): »[...] an extensive polity incorporating diverse, previously independent units, ruled by a dominant central polity«; von Lieven (2003: 21): »rule without consent over many, culturally alien peoples is part of empire's definition« oder von Agnew (2005: 21), der schreibt: »It is the unification of multiple peoples under a single ruler that is the main distinguishing feature of empires.« Gemeint sind hier nicht »Staatsvölker«.

control people through their command over bounded territories.« (Colás 2006: 63) Und wo, wie seit geraumer Zeit, »regime change« und »state-building« das Ziel haben, bereits existierende politische Gemeinschaften zu rekonstruieren und keineswegs Staatenbildung von Grund auf betreiben wird, da sind solche Akteure wesentlich denn je, die zudem oftmals Wertmaximen des Nationalismus und der Selbstbestimmung folgen. Die imperiale Konstruktion der Raumhoheit thematisiert somit zwingend das Verhältnis von *Vielfalt und Einheit, Exklusion oder Inklusion* (Integration), auch von *Zivilisation und Barbarei*. Dominanz durch Assimilation, Extinktion wie Exklusion gehört wohl durchgängig zur politischen und kulturellen Historie des imperialen Projekts. Die Formen, in denen sich diese Widerspruchsbewegung realisiert, sind vielfältig, doch immer finden sich Zusammenhang und Differenzierung, Stabilität und Erschütterung, Einschluss und Verlagerung, Überwältigung und Widerstand zugleich.

Im Übrigen gehen in der weitverbreiteten Debatte um informelle oder formelle (direkte oder indirekte) Herrschaftslogik (Dimier 2002) oft mindestens drei Unterscheidungen durcheinander. *Zunächst geht es um eine grundsätzliche Unterscheidung: es ist erstens wesentlich, als essentielle und genuine Figur kapitalistischer (und imperialistischer oder postimperialistischer) Herrschaft das grundlegende Zusammenspiel von formeller (z. B. direkter) politischer Herrschaft und informeller (indirekter) ökonomischer Kontrolle festzuhalten*. Während etwa die militärische Gewalt oder der rechtlich-normative Zwang für die formale und direkte Kontrolle zuständig waren und sind, realisiert die kapitalistische Ökonomie indirekt und informell Zwangs- und Herrschaftsverhältnisse – schließlich ist, um nur das grundlegende genuin kapitalistische Herrschaftsverhältnis zu nennen – der Produzent aufgrund seiner Situation der Eigentumslosigkeit gezwungen, seine Arbeitskraft zu verkaufen. Informelle Imperialität bezieht sich dann auf den indirekten Zwang durch die Ökonomie bzw. den Markt, der in der Trennung des Produzenten von seinen Produktionsmitteln gründet und durch die Trennung von Ökonomie und Politik überhaupt erst ermöglicht wird.

Der »imperialismus of free trade«, den erstmals die Historiker Robinson und Gallagher dem britischen Empire des 19. Jahrhunderts in Teilen Chinas, Ägypten oder dem Osmanischen Reich zuschrieben, gilt als erste (und später überwundene oder marginalisierte) Form eines informellen Empire.¹⁴ Sie gingen dabei davon aus, dass ein informelles Empire die präferierte imperialistische Form sei: »British policy followed the principle of extending control informally if possible and formally if necessary. [...] The usual summing up of the policy of the free trade empire as »trade not rule« should read »trade with informal control if possible; trade with rule when necessary« [...] [b]ly informal means if possible, or by

14 Siehe Gallagher, Robinson (1953). Sie bezogen sich auf die Zeit etwa zwischen 1840 und 1860. In der nicht nur im orthodoxen Marxismus gängigen Gegenüberstellung vom »Kapitalismus der freien Konkurrenz« und »Monopolkapitalismus« (=Imperialismus) ging diese frühe Figur der informellen Imperialität verloren. Dazu Louis (1976).

formal annexations when necessary.« (Robinson, Gallagher 1953: 13, 3) Großbritannien entwickelte diese informelle Imperialität jenseits des von ihm unmittelbar administrierten Felds, wo informelle Mittel ökonomischer Kontrolle wirksam wurden. Die Ergebnisse »informeller« ökonomischer Ausbeutungspraxis wiederum provozierten militärische, also politische Intervention und den Aufbau von Strukturen formeller politischer Herrschaft. Die Ursachen des Wechsels von informellem zu dominant formellem Empire sahen Robinson und Gallagher im Unterschied zu anderen Historikern des Britischen Empire primär in der Peripherie, in den kolonialen Revolten also, die zu territorialen Annexionen führten und in der Rivalität der europäischen Mächte untereinander, die aus Gründen raumpolitischer strategischer Kalküle zur Errichtung formeller Regimes führten. Mit ihrer Studie von 1953 begründeten sie eine neue und bis heute nicht abgeschlossene Auseinandersetzung um die Frage, ob nicht aus den inneren Widersprüchen informeller Imperialität eine letztlich zwingende Transformationsstendenz in Richtung auf eine formelles Empire resultiert.¹⁵

Zweitens bezieht sich die in der historischen und politikwissenschaftlichen Debatte verbreitete Unterscheidung »formell« versus »informell« (die der Historiker Fay (1940: 399) eingeführt hatte) demgegenüber zunächst auf die Kategorie des Staates und die Existenz territorialer Grenzbeziehungen – werden diese Grenzen relativiert (also zum Beispiel durch andere Ressourcen und Formen der Herrschaftsausübung »überschrieben« bzw. substituiert) und wird auf eine Inkorporierung in eine staatliche Konstruktion verzichtet, dann nimmt Herrschaft eine informelle Natur an. Einfach formuliert: es sind zunächst Rechtsformen (z. B. Verträge), welche den Sachverhalt des Formellen begründen. Insofern ist festzuhalten, dass die »westliche Allianz«, die nach dem zweiten Weltkrieg entstand, in Verträgen formalisiert wurde und es bereits insofern falsch wäre, diese Struktur als ausschließlich »informell« zu bezeichnen. Was unter Informalität zu verstehen ist, erschließt sich für manche Autoren endlich *drittens* aus einer weiteren Unterscheidung: jener zwischen »direkt« und »indirekt«. Joachim Hirsch schreibt zum Imperialismus: »Bei der äußeren Expansion können grundsätzlich zwei Formen, nämlich formelle und informelle unterschieden werden. Formelle Expansion beruht auf der direkten militärischen Unterwerfung und Kontrolle von Territorien, typisch im Fall des Kolonialismus. Informelle Expansion dagegen findet dann statt, wenn dominierende Mächte die Staaten und Regierungen ihres Einflussgebiets dazu zwingen können, sich so zu verhalten, dass der Expansion des Kapitals keine Hindernisse entgegengesetzt werden [...] Auch informelle Expansion setzt die Verfürgung über militärische Gewaltpotentiale voraus, die aber in der Regel nicht zu ter-

15 In seiner Analyse des Empire prognostizierte etwa Ferguson (2003) dementsprechend: »The hypothesis, in other words, is a step in the direction of political globalization, with the United States shifting from informal to formal empire much as late Victorian Britain once did [...]. As we have seen, its empire began as a network of coastal bases and informal spheres of influence, much like the post-1945 American »empire«. But real and perceived threats to their commercial interests constantly tempted the British to progress from informal to formal imperialism«. Auch in den postkolonialen Studien wird dies aufgegriffen.

ritorialen Eroberungen, sondern dazu benutzt werden, formell selbstständige Regierungen zu einer geeigneten Politik zu veranlassen.« (Hirsch 2004)

Moralpolitik

Im Übrigen setzen Imperien immer deutliche *moralpolitische* (und dabei oft auch angesichts ihrer Selbstverortung in der Zeit als langfristige Projekte manichäistische) Unterscheidungen: sie sind »gute« oder »wohltätige« (benign) Unternehmen und legen deshalb deutlich fest, wo Grenzen zu ziehen sind: gegenüber dem »Außen« oder dem »Bösen«, dessen Entstehung oder Entwicklung (z. B. zum Hegemonialkonkurrenten) es ggf. auch durch massive Intervention zu verhindern gelte. Es gibt gegenwärtig weit verbreitete Legitimationen starker imperialer Politik und deren neuer Freude an polizeilich-militärischer Intervention: es gehe um globale Sicherheit (z. B. Massenvernichtungswaffen, Terrorismus), um übergreifende Menschheitsinteressen (z. B. Umweltschutz, Freiheit) und um Verbote (z. B. Genozid). Sie überschreiben gleichsam die Sichtbarkeit der alten Praxis imperialer Legitimationen, die auf der Basis ökonomischer Asymmetrie und politisch-sozialer Ungleichheit eine *Kultur* der eigenen Superiorität, der Aberkennungspolitik und der Respektversagung stark machten und zugleich aber als eigene Leistung das Management der globalen Akkumulation, Zugang zu ihr und deren politisch-militärische Sicherung, zu stabilen Zukunftsperspektiven, endlich auch zu einer bestimmten zivilisatorischen Moral und einer zumeist differenzierbaren Kultur boten (Williams 2002: 158) – und noch bieten. Superiorität, wie sie im Übrigen hier gefasst wird, ist nun aber nichts anderes als ein Ausdruck einer bestimmten, eben *bürgerlich-imperialen* Form von *Souveränität*. Der Boden dieser Kultur ist der einfache Zugschnitt dieser Unterscheidungen zwischen »Oben« und Unten«, »Besser« und »Schlechter«, Innen« und »Außen« durch rassistische oder ethnografische Zuschreibungen, durch welche, um mit David Theo Goldberg zu sprechen, »existing principles of gradation into new doctrines of degradation« transformiert werden (Colás 2006: 118). Diese langen Traditionen der Rechtfertigung imperialer Interventionen haben weiter eine große alltagskulturelle Macht und sind keineswegs versiegt.

Innen – Außen

Die Unterscheidung zwischen »Zentrum« und »Peripherie« korreliert mit einer weiteren: jener zwischen einem »Empire« und dem »Nicht-Empire«, also zwischen »innen« und »außen«, zwischen Zentrum und Peripherie und dem, was hier als jenseits dieser Peripherie gedacht wird, wo also Peripherie nicht mehr als Bestandteil des imperialen »Systems« begriffen wird, sondern jenseits davon existiert, ein »Außen« und ein »Anderes« ist – eine Unterscheidung, die an Bedeu-

tung gewinnt, wie Charles Maier betont: »Empires claim universality but accentuate *divisions between inclusion and exclusion*, both on a world scale and within their own borders. Consider these external and internal effects in turn. [...] A major consequence of this preoccupation with the frontier has been a new political agenda. The salient issues today have shifted from the controversies over distribution that troubled the politics of the West [...] They have become questions of citizenship, residence, and belonging: who will be in and who will be outside our politics, and what intermediate rights – such as employment, welfare entitlements, and local suffrage – they might be granted. [...] These *issues of inclusion and exclusion, belonging and estrangement, the peace of empire and the violence it generates* despite its efforts, is what twenty-first-century politics, certainly since September 11, is increasingly about.« (Maier 2002; Herv. R. R.) Diese Beziehung zwischen »innen« und »außen« (die für Hardt, Negri, die das »Empire« als planbare Veranstaltung denken, nicht mehr existiert – »es gibt kein außen mehr« lautet ihre Formel) thematisiert mehrere zentrale räumliche Aspekte, die für das Verständnis von Imperialität unerlässlich sind.

Größe

Imperien müssen heute aus ressourcenpolitischen Gründen eine territoriale Basis haben, die sich (im Unterschied etwa zu den einstigen Handelsimperien Holland oder Spanien) durch Größe auszeichnet. Für »kleine« politische Subjekte ist kein ausreichender Zugriff auf Ressourcen gegeben – weitaus mehr als in der Zeit des entstehenden Kapitalismus kommt es heute auf die global relevanten Ressourcen und deren komplexes »Hinterland« an. Die *Skalierung der Macht* ist: daher ein Schlüsselfaktor der Imperialität: hier geht es um die *economics of scale* und die Rationalisierungseffekte, durch welche die Technologien der Macht optimiert werden können.

Expansion im Raum

Weiter ist die *Bewegung des Raumes*, nicht nur als Ausprägung einer inneren Zentrum-Peripherie-Beziehung, sondern als *Expansion* in »das Außen« ein grundätzliches und bestimmendes Schlüsselmerkmal von Imperialität. Expansivität im einfachen Sinne von Ausweitung und zugleich Vertiefung gehört zum Wesen des imperialen Projekts. *Imperien sind nicht, sie werden*. Sie streben Sicherheitsgewinn und Machtzuwachs durch Expansivität an, welche die Wurzel ihrer Prekarität und Spannung, des ständigen Streits zwischen Machtkonzentration im Zentrum und Zerstreung der Macht zur Sicherung der Expansion und neuer Grenzüberschreitung ist. Das andauernde Ineinanderspiel von Deterritorialisierung und Reterritorialisierung, von Exklusion und Inklusion ist die oft unmerkliche (!) Bewegungsform von Imperialität.

Grenzen

Daher macht es keinen Sinn, den Begriff »Empire« an ein Staatsverständnis zu binden, das mit dem Gedanken der territorialen Souveränität mit klaren Grenzbeziehungen zwischen »innen« und »außen« verknüpft ist – ist doch vielmehr gerade das *Fehlen solcher eindeutiger Grenzbeziehungen* ein das Imperiale substantiell auszeichnendes Merkmal. Die heutige imperiale Peripherie unterscheidet sich von jener des klassischen Imperialismus: imperiale Formationen produzieren und managen im Raum *disparate Zonen abgestufter Souveränität und unbestimmter Rechte der Menschen, die fluid sich verdichten, wieder auflösen und neu bilden* und deren elastisches Wirkungsfeld keineswegs in nationalstaatliche Grenzbeziehungen eingespannt ist. Dies ist das deutliche Hervortreten einer alten, konstitutiven Eigenschaft von Imperien: sie haben keine *permanenten und ausschließenden Grenzen*. Ihre Beweglichkeit und Plastizität wird gesichert durch die kontinuierliche Praxis der *Ausnahme. Denn letztlich verstehen sich imperiale Projekte als grenzenlos. Maßlosigkeit ist ihr einziges Maß*. Logiken der Ausdehnung und Aneignung sind ihnen eigen, gleichgültig welche Machtbasis sie haben. Imperien haben zwar Grenzen, aber keine Demarkationslinien wie der Territorialstaat, nach denen die gegenwärtig etwa zweihundert Nationalstaaten gebaut sind, denn sie haben als Wille, Vorstellung und Versuch kein Ende. Die immer wieder neue Arbeit an Unterscheidungen zwischen Innen und Außen, Zivilisiertheit und Barbarei, Zugehörigkeit und Ausschluss mitsamt den dazugehörigen Bemühungen durch Krieg, Recht, Ökonomie und Kultur sie durchzusetzen, welche die Geschichte der imperialen Projekte immer begleitet, zeigt diesen ständigen Impuls der Ausdehnung und Auslöschung der veralteten Unterscheidungen. Bei der dunklen Seite des amerikanischen Exzeptionalismus etwa geht es nicht nur um den rhetorischen und diskursiven Apparat der Imperialität – es geht um die aktive *Produktion* wirklicher Ausnahmen und Ausschlüsse im imperialen Inneren, seinen Grenzräumen und jenseits davon.¹⁶ Die Konzeption des imperialen politischen Raums ist dynamisch und unaufhebbar widersprüchlich. Imperien beherrschen nicht Territorien, sondern Menschen.

Arena

Es hängt aber vor allem vom Charakter der Arena ab, ob ein Spieler imperialen Zuschnitt bekommt: Imperien haben hiernach im Unterschied zu anderen Akteuren immer einen Bezug zu »Welt«. Es geht um *Weltordnung*: »Empires are in the business of producing world order« (Maier 2002). »Welt« selbst nun ist natürlich

¹⁶ Vgl. Stoler, Bond (2005) sowie Stoler, Bond (2006) und auch Colás (2006: 20 f.): »the distinction between empire and nationstate can be sustained on the basis of their different organizations of political space – the one amenable to open frontiers, the other incapable of surviving without fixed and exclusive borders [...] what made Britain and Spain empires as opposed to merely national states were precisely that they were willing to recognize territorial borders in Europe while seeking to extend their imperial frontier overseas.«

ein historisches Konstrukt und fällt erst seit dem letzten Jahrhundert mit der Real- dimension des »Planetensystem« zusammen. Zur Bestimmung des Imperialen gehört also nicht nur eine *economics of scale* der Ressourcenmobilisierung, sondern auch die Absicht und die wirkliche Fähigkeit zur Weltordnung, also ein *Transformationsanspruch*, der auf eine neue Geographie des Globalen zielt. Daher also die besondere Gegenwartsqualität des American Empire: »this is the first truly *worldwide* empire« (Hassner 2002; Herv. R. R.). Da Imperien seit der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts durch eine globale Reichweite (»reach«) und daher durch die Fähigkeit zur globalen Projektion von Macht ausgezeichnet sind, wird »grenzenlose« (Hannah Arendt) Expansion von Macht und Eigentum, also Geopolitik das zwingende Thema aller imperialen Projekte. Imperien besitzen die Fähigkeit zur »Verdichtung« und Zonierung des Raums vom Zentrum aus und zur Reproduktion der ungleichen Verteilung von Ressourcen und Aktivitäten im Raum; das Problem des »Overstretch« – der »Überdehnung der Macht« ist daher ein genuin imperiales Problem und die Fähigkeit und Ambition, Weltordnung zu bilden die Potenz, welche Imperien von anderen Ordnungen unterscheidet. *Gegenwärtig sind die USA der einzige Nationalstaat, der in diesem Sinne ein imperiales, also auf Weltordnung nach ihrem Maß zielendes Projekt verfolgt.*

Übersicht II: Überblick

Merkmal Imperiale Projekte ...

Raum ... haben eine territoriale Basis, die sich durch Größe auszeichnet und (seit der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts) durch eine *globale Reichweite* (»reach«/Machtprojektion), wodurch »limitless« (Arendt) Expansion von *Macht und Eigentum*, heute also *globale Geopolitik* und Geoökonomie das zwingende Thema jedes imperialen Projekts wird (»producing world order«). Imperialität meint die Stellung zur Welt und ihrer herrschaftlichen Gestaltung. Imperiale Projekte zielen daher heute auf Herrschaft über Menschen durch materielle Raumkontrolle, nicht mehr auf territoriale Aneignung durch koloniale Okkupation oder staatsrechtliche Einverleibung, operieren herrschaftspolitisch also *durch* und nicht *über* Staaten; sie besitzen die Fähigkeit zur »Verdichtung« und Zonierung des Raums vom Zentrum aus und zur Reproduktion der ungleichen Verteilung von Ressourcen und Aktivitäten im Raum; das Problem des »Overstretch« – der »Überdehnung der Macht« ist ein genuin imperiales Problem.

Zeit

... unterlegen ihrer Politik zumeist sehr *langfristige Zeitkalküle* (»1000 Jahre« oder gleich: »ewig«) und sind, einmal etabliert, in aller Regel nachhaltiger, konsistente und relativ stabile Unternehmen.

Umwelt

... zeichnen sich gegenüber ihrer Umwelt durch starke Vorteile an Verfügung über *Ressourcen* (Kapital/Reichtum, Kultur, Macht) und daraus kommender Fähigkeit zur Aneignung (→ *Einfluß, Verfügung, Nutzung*) aus, der ihre *Souveränität* sowie lokale Wirksamkeit begründet und ein *Verlassen* des imperialen Raums (*exit*) verhindert (dagegen ist *voice* durchaus zugelassen). Sie operieren daher grundlegend in hierarchischen und nicht »anarchischen« Beziehungen; im Unterschied zu anderen politischen Gemeinwesen betreiben sie die Maximierung ihrer Macht nicht nur durch Ausbau ihrer internen Ressourcen (»Selbsthilfe«), sondern auch durch Nutzung externer Ressourcen. *Ungleichheit* durch *Aneignung* ist daher das zentrale Merkmal dieser Beziehung (z. B. durch Plünderung, strukturelle Ausbeutung, Zonierung, Segregation, Attraktion, Grenzmanagement etc.), welche dann die Grundlage dafür ist, dass sie als Imperien (und nicht nur als große Nationalstaaten) gelabelt werden. Große Nationalstaaten wie Indien oder Indonesien gelten daher nicht als Imperien, wogegen Russland sein Stigma eines Empire noch behalten hat. Als strukturell expansive Projekte sind sie »unberechenbar« – ihre Grenzen sind fluid.

Kontrolle

... sind daher zuvorderst nicht auf Kooperation, sondern auf Kontrolle aus und imstande a) nicht nur die *Außenpolitik*, sondern auch Bereiche der inneren Beziehungen anderer Staaten zu kontrollieren b) eine *hierarchisierte zwischenstaatliche* Ordnung zu schaffen bzw. zu kontrollieren c) *nichtstaatliche Grenzen* zu konstruieren und zu managen; sie schränken daher zielgerichtet, routiniert und systematisch die *Souveränität* eines untergeordneten politischen Gemeinwesens ein – im (seltenen) Extremfall bis zur Aufhebung durch Okkupation oder Annexion – und hebeln damit dessen Entscheidungshoheit und Wahlfreiheit weitgehend aus, ohne allerdings auf die Produktion von Legitimität zu verzichten.

Mittel

... können im politischen Raum sehr unterschiedliche Machtressourcen mobilisieren (Kapital, Recht, Kultur, Gewalt) und *direkteformelle* als auch *indirekte/ informelle* (»Penetration«) Mittel in der Regel »säkularistisch« (autokratisch, undemokratisch) und mit einem signifikanten Einsatz von *Zwang* und sichtbar institutioneller Macht einsetzen, um durch offensive Mobilisierung, Organisierung und Maximierung politische Ziele (z. B. auch defensiver Art wie »Sicherheit«) zu erreichen; ihr Handlungsspektrum schließt aber auch Integration durch limitierte Partizipation ein.

Subjekt

... haben *staatszentrierte* komplexe Subjekte der Macht mit hoher sozialer, raum-zeitlicher Dichte und operieren über institutionell gesicherte Zugangspunkte und teilsouveräne, strukturell abhängige intermediäre Akteure; sie sind inkorporierende wie differenzierende Einheiten.

Inhalt

... reproduzieren mit den Mitteln außerökonomischen Zwangs die Bedingungen und den Prozess der Aneignung (gegenwärtig im Kern vor allem den asymmetrischen Prozess der *Kapitalakkumulation* – aktuell mit dem Gewicht auf *Akkumulation durch Enteignung*) und finanzieren sich übrigens auch darüber (»Tribut«).

Moral

... setzen immer deutliche *moralpolitische* (und dabei oft auch angesichts ihrer Selbstverortung in der Zeit manichäische) Unterscheidungen: sie sind »gute« (»benign«) Unternehmungen und legen deutlich fest, wo *Grenzen* zu ziehen sind: gegenüber dem »Außen« oder dem »Bösen«.

Kultur

... pflegen auf der Basis ökonomischer Asymmetrie und politisch-sozialer Ungleichheit eigene *Superiorität, Aberkennungspolitiken* und *Respektversagung*.

Leistung

... bieten das Management der globalen Akkumulation, Zugang zu ihr und deren Sicherung, rechtliche Arrangements, weltanschauliche Perspektive und Moral, die somit eine Grundlage von Legitimität imperialer Projekte werden.

Aktuelle

Richtungs- Gegenwärtig konkurrieren eine Reihe imperialer Projekte: liberal- und rechtsimperiale, global- und »plural«imperiale, endlich unilaterale **optionen** und alternative Optionen.

Imperialität aktuell

Der Zusammenbruch des Staatssozialismus setzte die Frage nach dem »Empire« wieder und neu auf die politische Tagesordnung, denn parallel zur weltweiten ökonomischen Transformation der staatssozialistischen Wirtschaft in eine kapitalistische Ökonomie (»Globalisierung«) rückte die Frage nach der Neugestaltung des internationalen Systems und damit der Politik in den Vordergrund. Eine globalisierte kapitalistische Ordnung wirft, ob man will oder nicht, die Frage nach einem planetaren Arrangement der politischen Gestalt dieser Ordnung auf. Seit den frühen 90er Jahren stand zur Frage,

- ob sich in dieser geschichtlich neuartigen Situation des *Globalkapitalismus* ein neues *planetares* politisches Subjekt (z. B. eine »transnationale Bourgeoisie«) und eine neuartige globale politische Ordnung (»Empire«) etablieren können, - ob es zur Neubildung eines »anarchisch-konkurrenzförmigen«, gleichsam »pluralen«¹⁷, wenngleich durchaus ungleichen, hierarchisch geordneten und mehr

oder weniger koordinierten *Machtsystems* kommen werde in dem ein Akteur (etwa China) oder eine Allianz (der transatlantische oder gar planetare »Norden« oder eine neue »asiatische Allianz« oder ein Bündnis verschiedener Staaten des Südens) eine dominierende oder hegemoniale Rolle spielen würde,

- ob ein *einzelner* traditioneller *Akteur* aufgrund seiner hegemonialen Position (»Hypermacht«) im historisch gewachsenen Machtfeld diese globale Rolle (»American Empire«) zu übernehmen vermag und die USA in stände wären, ihr imperiales Projekt neu – eben global – zu initiieren (»neuperial«) und aufgrund der *unipolaren* Position, in die sie versetzt worden waren, durch eine primär *unilaterale* Politik ein Projekt der Ordnung der Welt nach eigenem Maß durchzusetzen,

- oder ob schließlich in bestenfalls mittelfristiger Sicht Wirklichkeiten eines alternativen, kooperativen, nichthegeonialdemokratischen, radikal friedlichen und antiimperialen Projekts der »Selbstordnung« der Welt geschaffen werden können.

Die Auseinandersetzung um diese Optionen prägt die gegenwärtige Weltordnung. Unversehens ist ein zentraler politischer Konflikt inmitten der scheinbar so festgefühten Konstellation des Neoliberalismus entbrannt. *Die neue Delegitimierung des Neoliberalismus ist nicht das einzige Zeichen der Zeit – mehr noch geht es um die politischen Richtungskämpfe, die im Rahmen und Raum des neoliberalen Kapitalismus zwischen seinen imperialen (»planetaren«, »pluralen«, »singulären«) und »alternativen« Protagonisten ausgebrochen sind. Dieser Konflikt wird aller Voraussicht nach die nächsten Jahrzehnte bestimmen und durchaus ungeklärt ist, welche sozialen Gehalte und welche politische Qualität dabei bestimmend sein wird.* Mit der jahrhundertlangen Dominanz des angloamerikanischen Kapitalismusmodells ist der Verlauf dieser Auseinandersetzung nicht festgelegt: die Welt ist akteursbestimmendes System und Arena für die Handlungen dieser Akteure der Macht gleichermaßen. Aus der planetenweiten Globalität des Kapitalismus resultiert keineswegs gleichsam im Selbstlauf ein einheitliches global aufgestelltes politisches Subjekt und aus der aktuellen unipolaren Dominanz des imperialen Akteurs USA und seiner weitreichenden Fähigkeit zu unilateraler Politik ergibt sich keineswegs eine stabile und nachhaltige globale politische Konfiguration.

Wie sind solche Konstellationen einzuordnen? Sie können nicht einfach als Reflex der »Erfindung« und des »Aufstiegs« veränderter kapitalistischer Betriebs- und Regulationsweisen gesehen und »moderne« Imperialität daher nur dort vermutet werden, wo solche entstehen. Der Fordismus etwa brachte keine eigene Form der Imperialität hervor, sondern fand die sich seit Anfang des letzten Jahrhunderts entfaltende *liberalimperiale* (welche die Form eines »nicht-territoria-

17 Das ist theoriegeschichtlich (nicht politisch) ein unglücklicher Begriff. Aber »ultra-imperial« ist theoriegeschichtlich belastet und politisch obskur.

ien«, »informellen« Empire annahm) wie die *rechtsimperiale*, dann zeitweilig faschistische (formell und mit unmittelbarem Zwang operierende, kolonial-territoriale) Richtungsoptionen gleichsam als passende historische Bewegungsformen vor, die ihn prägten. Beide konkurrierten mit der Sowjetunion als einem weiteren Projekt großräumlicher Neugestaltung, das den Gedanken des Imperialen keineswegs ignorierte, sondern sich explizit als postimperial und daher antiimperial (istisch) verstand und etikettierte – dabei aber zugleich (wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß) als zentralistisches, stark formelles, antiiberales Empire agierte. In der Zeit zwischen der Oktoberrevolution 1917 bis 1942/43, als sich der Ausgang des zweiten Weltkriegs entschied, konkurrierten somit drei imperiale und »entfernt verwandte« Projekte mit globalem Anspruch.¹⁸ *Zunächst 1945, dann 1989 war diese Konkurrenz zugunsten des Projekts eines postterritorialen, informellen Empire entschieden*, als dessen unbestrittener Repräsentant sich nach dem Ende des zweiten Weltkriegs die USA etabliert hatten – eine Position, die sie seit über einem halben Jahrhundert innehaben und erfinderisch, attraktiv wie brutal untersetzten.

Imperiale Projekte reflektieren auch nicht in erster Linie alternative *varieties of capitalism*, sondern zunächst grundlegende, untereinander konkurrierende politische Richtungen, die sich in Optionen für unterschiedliche *Entwicklungspfade* kristallisieren, sie aber auch in modifizierter Form überdauern können. Der in den hier aufgeführten Stichworten umrissene Begriff »Imperialität« soll daher ein oszillierendes Bündel von richtungsnahen Eigenschaftlichen beschreiben, vor allem, aber eben nicht nur, der Politik kapitalistischer bzw. imperialistischer Ordnungen im Bezug auf deren *Stellung in der Welt und ihrer herrschaftlichen Gestaltung* im Unterschied zum »Imperialismus« als Etappe, Stadium, Formation (>System<) oder bloße Politik des Kapitalismus. Seit weit über einem Jahrhundert existieren sehr hartnäckig traditionsstarke liberal- und rechtsimperiale Projekte, deren kulturelles Set und politisches Design die verschiedensten formativen Konstellationen überdauern und keineswegs notwendig für spezifische Akkumulationsregimes oder -typen stehen, sondern unterschiedliche politische Räume besetzen. Zur anhaltenden neoliberalen Transformation des fordistischen Kapitalismus gehören daher unterschiedliche imperiale Projekte, die sich nun seit über drei Jahrzehnten in der Auseinandersetzung zwischen liberal- und rechtsimperialen Richtungen verdichten. Beide Projekte installieren auf ihre Weise eine zentrale Figur der Ungleichheit. Die Auseinandersetzung fokussiert sich auf jenes Land, das als Einzelnes gegenwärtig ein »realistisches« imperiales Projekt verfolgt – eben die USA.

Das Neue am imperialen Projekt in der Zeit des globalen Kapitalismus der Gegenwart ist sein neoliberaler Charakter und seine auf die Bearbeitung von Weltordnung bezogene interventionistische und entgrenzte Anlage; das Neue am Neoliberalismus ist auch die Entfaltung von Imperialität und die Ausbildung eines

anderen Typus von Informalität, als er bis in die 70er Jahre charakteristisch war. Als die USA nach 1945 das Projekt des Aufbaus eines informellen Empire verfolgten, war in die US-dominierte Formierung der Nachkriegsstaaten Deutschland und Japan zugleich eine spezifische Variante des Projekts des fordistischen Wohlfahrtsstaates eingeschrieben. Das US-imperiale Projekt der Staatsformierung im Irak dagegen verfolgt und reflektiert einen nachfordistischen, neoliberalen Ökonomie-, Gesellschafts- und Politikzuschnitt und steht daher für eine substantielle Veränderung des Imperialen selbst. Diese Veränderung im übrigen bedeutet zugleich, dass die vor allem in der politischen Linken verbreitete Einschätzung problematisch ist, die Irak-Politik der USA bedeute eine totalitäre oder gar faschistische Wendung und Wandlung dieses Landes (s. Davidson, Harris 2006).¹⁹ Das Projekt eines US-amerikanischen rechtsimperialen Neoliberalismus ist »an attempt to merge the America whose business is business with the America whose business is war« (Nederveen Pieterse 2004: 45). In ihm kontiniert sich die Kultur der Zusammenballung und neuen Zentralität der Macht, die der Neoliberalismus und seine Kontrollindustrie für die weltweite verteilte Produktion seit drei Jahrzehnten hervorbringt und verdichtet sich in einem politisch imperialen Zugriff zu einer neuen Vereinheitlichung des nunmehr globalen politischen, sozialen und ökonomischen Raums. Die neoliberale »neue amerikanische Art der Kriegführung« baut auf dem postfordistischen Modell der kurzen Produktionslinien, spezialisierten Hochtechnologie und flexibler Betriebsweisen auf. Eine hochkonzentrierte militärstaatliche Kernzone ist umgeben von einem rasch wachsenden Ring privatisierter militärischer Dienste und der flexiblen Produktion »just-in-time« entspricht eine »just-in-time« Politik der flexiblen Allianz- und Koalitionsbildung, wie sie im Falle der Irakriege sich ausbildete (Steinmetz), im Inneren legitimiert durch die Träume der neuen Kriegsgeneration der Zeit nach Vietnam. Die Reorganisation der imperialen Imperialität und der postfordistischen Subjektivität, Kultur und Ästhetik begann ökonomisch mit dem Übergang zur flexiblen, zunehmend *enteignenden* Akkumulation in den 70er (und zum finanzgetriebenen Modus in den 80er und 90er) Jahren und militärisch wie kulturell im Reaganismus der 80er Jahre; nach 9/11 immer stärker begleitet von postmodernen Formen des »inverted totalitarianism« (Wolin 2004).²⁰

Zwar scheinen die USA trotz ihrer Stärkung nach dem Ende des Kalten Krieges gegenwärtig zu schwach, um eine Ordnung stabil zu institutionalisieren, die ihr ein dauerhaftes Primat sichert, das nicht herausgefordert werden kann. Doch andererseits sind sie zu stark, um konzedieren zu müssen, dass andere große Staa-

19 Ob auf die USA der Gegenwart die Konzepte eines neoliberalen Faschismus oder eines faschistischen Neoliberalismus angewandt werden können, kann hier nicht debattiert werden. Sie ist nachvollziehbar, aber wird nicht geteilt, da Faschismus als terroristisches Regime eines entwickelten (monopolistischen) Kapitalismus verstanden wird. Überzeugende Darstellungen allerdings, wonach das politische Regime der USA als überwiegend oder ausschließlich terroristisch anzusehen wäre, stehen aus – und zwar komplett. Zum Faschismusbegriff weiterhin substantiell die Arbeiten von Reinhard Optiz.

20 Siehe auch Gerschenson 2005.

18 Im Anschluss an die Formulierung von Schivelbusch (2005).

ten und kapitalistische Zentren gemeinsam mit ihnen nach den Maßstäben eines kollegialen Managements des Globalkapitalismus kooperieren. Aber die USA sind nicht nur das, was man auf der Karte sieht, ein Land mit physikalisch identifizierbaren Grenzen, sondern sie sind ein Land, das in der Welt arrangiert wird²¹, ein Amerika des *Americanism* und seiner Vektoren global projizierter Macht, in der Zugehörigkeiten und Ausnahmen, Rechte und Ansprüche, Teilsouveränitäten und Territorialansprüche, Präsenz und Verschwunden, Rechte und Ansprüche, Ausbeutung und Reichtum, Aneignung und Ungleichheit im Raum und in der Zeit platziert werden. Wie lange freilich diese offene Situation der Gegenwart andauert, in der *rechts- und liberalimperiale, global-, pluralimperiale und singuläre Projekte konkurrieren* und wie sie sich dann lösen wird – darauf findet sich momentan keine überzeugende Antwort. Die Momente, Ambitionen, Kulturen und Praxen des Imperialen und der Imperialität finden sich zu Hauf – aber sie sind noch nicht zu einem stabilen neuen Welt-Ordnungsmuster verdichtet. Eine rasche Eindeutigkeit wäre daher eine Überraschung. Der Begriff des Empire ist deshalb keineswegs überholt. Wer allerdings nach dem letzten »amerikanischen Jahrhundert« nunmehr sein Subjekt und Formgeber sein wird, ist nicht entschieden.

Literatur

- Abernathy, David (2000): *The Dynamics of Global Dominance: European Overseas Empires 1415-1980*. New Haven.
- Agnew, John (2005): *Hegemony: The New Shape of Global Power*. Philadelphia.
- Arrighi, Giovanni (2005): »Hegemony Unravelling«. In: *New Left Review*, H. 32 und 33.
- Bischoff, Joachim (2006): *Zukunft des Finanzmarkts-Kapitalismus*. Hamburg.
- Brie, Michael (2006): »Die Linke – was kann sie wollen? Politik unter den Bedingungen des Finanzmarkt-Kapitalismus«. In: *Supplement der Zeitschrift Sozialismus*, H. 3/2006.
- Callinicos, Alex (2003): *The New Mandarins of American Power*. Cambridge.
- Candeias, Mario (2004): *Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie*. Hamburg.
- Candeias, Mario (2005): »Imperiale Gewalt als Bearbeitungsform neoliberaler Widersprüche«. In: *Badziura, Alexander; Müller, Bea; Speckmann, Guido; Weißbach, Conny* (Hrsg.): *Hegemonie – Krise – Krieg*. Harrburg.
- Chibber, Vivek (2004): »The Return of Imperialism to Social Science«. In: *Arch. europ. Sociol.*, H. 3, S. 430.
- Colás, Alejandro (2006): *Empire*. Cambridge.
- Colás, Alejandro; Saull, Richard (2005): »Introduction: The war on terror and the American Empire after the Cold War«. In: *Colás, Alejandro; Saull, Richard* (Hrsg.): *The War on Terror and the American Empire after the Cold War*. London.
- Cooper, Frederick (2005): »Modernizing Colonialism and the Limits of Empire«. In: *Items. Issues*, H. 4, S. 2.
- Cox, Michael (2007a): »The Empire's Back in Town: Or America's Imperial Temptation – Again«. In: *Millennium*, H. 1, S. 21.
- Cox, Michael (2007b): »Still the American Empire«. In: *Political Studies Review*, H. 1, S. 1-10.
- Cox, Robert W. W. (1981): »Social Forces, States and World Orders: Beyond International Relations Theory«. In: *Millennium*, H. 2, S. 126-155.
- Cox, Robert W. W. (1983): »Gramsci, Hegemony and International Relations: An Essay in Method«. In: *Millennium*, H. 2, S. 162-175.
- Davidson, Card; Harris, Jerry (2006): »Globalisation, theocracy and the new fascism: the US Right's rise to power«. In: *Race, Class*, H. 3, S. 47-67.
- 21 So im März 2004 Donald Rumsfeld auf CNN: »how our country is arranged around the world« (zit. nach Dirlik 2004: 288).

- Dimier, Véronique (2002): »Direct or Indirect Rule: Propaganda around a Scientific Controversy«. In: *Tony Chafer, Amanda Sackur* (Hrsg.): *Promoting the Colonial Idea: Propaganda and Visions of Empire in France*. New York, Harpshire.
- Dirlik, Arif (2004): »American Studies in the time of Empire«. In: *Comparative American Studies*, H. 3, S. 288.
- Donnelly, Jack (2006): »Sovereign Inequalities and Hierarchy in Anarchy: American Power and International Society«. In: *European Journal of International Relations*, H. 2, S. 139-170.
- Doyle, Michael W. (1986): *Empires*. Ithaca.
- Duménil, Gérard; Lévy, Dominique (2004): *Neoliberal Dynamics – Imperial Dynamics*. Paper für die Tagung der International Studies Association, Montreal 17.3.2004, überarbeitete Fassung in http://www.nrcm.es/info/materiales/hismat/dumenil_neoimp.pdf, letzter Aufruf: 15.12.2008.
- Eisenstadt, Shmuel N. (1968): »Empires«. In: *Sills, David L.* (Hrsg.): *International Encyclopedia of the Social Sciences*. New York, S. 41.
- Fay, Charles Ray (1940): *Cambridge History of the British Empire*. Bd. 2, Cambridge.
- Ferguson, Niall (2003): »America: an Empire in Denial«. In: *The Chronicle Review* v. 28.3.2003.
- Fisch, Jörg; Wälfher, Rudolf (1982): »Imperialismus«. In: *Brunner, Otto; Conze, Werner; Koselleck, Reinhard* (Hrsg.): *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*. Bd. 3, Stuttgart.
- Foster, John Bellamy (2006): »The New Geopolitics of Empire«. In: *Monthly Review*, H. 57.
- Gallagher, John; Robinson, Ronald (1953): »The Imperialism of Free Trade«. In: *The Economic History Review*, H. 1.
- Gershenson, Geoffrey (2005): *Dynamics of Postmodern Empire: Politics and Culture in the Age of Global Capital*. Paper APSA-Tagung.
- Gowan, Peter (2003): »U. S. Hegemony Today«. In: *Monthly Review*, H. 3.
- Gowan, Peter (2004): »Empire as Superstructure«. In: *Security Dialogue*, H. 2.
- Gowan, Peter (2005): »American grand strategy«. In: *Critical Asian Studies*, H. 1, S. 128-139.
- Gowan, Peter (2006): »The Bush turn and the drive for primacy«. In: *Colás, Alejandro; Saull, Richard* (Hrsg.): *The War on Terror and the American Empire after the Cold War*. London, New York.
- Hardt, Michael; Negri, Antonio (2000): *Empire*. Cambridge.
- Harvey, David (2003): *The New Imperialism*. Oxford 2003.
- Harvey, David (2005): *A Brief History of Neoliberalism*. Oxford.
- Hassner, Pierre (2002): *The United States: the empire of force or the force of empire? Chaillet Papers Nr. 54*, Paris September 2002.
- Hirsch, Joachim (2004): *Was ist eigentlich Imperialismus? http://www.links-netz.de/Texte/T_hirsch_imp.html 3/2004*, letzter Aufruf: 15.12.2008.
- Historical Materialism (2006): *On David Harvey's 'The New Imperialism'.* Mit Beiträgen von Wood, Ashman, Costree, Sutcliffe, Fine und Brenner. 14. Jg., Nr. 4.
- Howe, Stephen (2002): *Empire: A Very Short Introduction*. Oxford.
- Hufschmid, Jörg (2003): *Neoliberalismus, Gewalt und Krieg – Zusammenhänge und Alternativen*. Vortrag Juli 2003.
- Lieven, Dominic (2003): *Empire's Place in International Relations*. Konferenzpapier Genf 2003.
- Lieven, Dominic (o.J.): *The Concept of Empire*. <http://www.fathom.com/feature/122086>, letzter Aufruf: 15.12.2008.
- Louis, W. R. (Hrsg.) (1976): *Imperialism: the Robinson and Gallagher Controversy*. New York.
- Maler, Charles S. (2002): »An American Empire?«. In: *Harvard Magazine*, H. 2, S. 28-31.
- Maler, Charles S. (2006): *Among Empires. American Ascendancy and Its Predecessors*. Cambridge.
- Morrison, Tomi (1987): *Beloved*. New York.
- Morton, David (2006): »The Grimly Comic Riddle of Hegemony in IPE: Where is Class Struggle«. In: *Politics*, H. 1, S. 62-72.
- Motyl, Alexander J. (2001): *Imperial Ends: The Decay, Collapse, and Revival of Empires*. Columbia.
- Nederveen Pieterse, Jan (2004): *Globalization or Empire? New York*, London.
- Panitch, Leo; Gindin, Sam (2004): »Global Capitalism and American Empire«. In: *Socialist Register*.
- Plehwé, Dieter; Walpen, Bernhardt; Neunhoffer, Gisela (Hrsg.) (2006): *Neoliberal Hegemony. A Global Critique*. New York.
- Pomper, Philip (2005): »The History and Theory of Empires«. In: *History and Theory*, Theme Issue 44 (December).
- Porter, Bernard (2006): *Empire and superempire: Britain, America and the world*. New Haven, London.
- Rilling, Rainer (2005): *American Empire als Wille, Vorstellung und Versuch*, MS 2005 8, <http://www.rainer-rilling.de/texte.html>, letzter Aufruf: 15.12.2008
- Rilling, Rainer (2007): »Imperialität. US-amerikanische Diskurse seit 9/11«. In: *Brie, Michael* (Hrsg.): *Schöne neue Demokratie*. Berlin.
- Robinson, William I. (2004): *A Theory of Global Capitalism*. Baltimore.

- Schivelbusch, Wolfgang (2005): *Entfernte Verwandtschaft*. München, Wien.
- Smith, Neil (2005): *The Endgame of Globalization*. New York, London.
- Sparke, Matthew (2004): »Political geography: political geographies of globalization (1) – dominance«. In: *Progress in Human Geography*, H. 6.
- Steinmetz, George (2005): »Return to Empire: The New U.S. Imperialism in Comparative Historical Perspective«. In: *Sociological Theory*, H. 4, S. 339-367.
- Stoler, Ann Laura; Bond, David (2005): »Refractions Off Empire: Untimely Comparisons in Harsh Times«. In: *Radi- cal History Review*, H. 95, S. 93-107.
- Stoler, Ann Laura; Bond, David (2006): »Degrees of Imperial Sovereignty«. In: *Public Culture*, H. 1, S. 117-139.
- Wahl, Peter (2007): »Imperial Multilateralismus in der Krise«. In: *Analyse und Kritik: arranca!; Fantômas; So oder So Magazin* (Hrsg.): G8: Die Deutung der Welt. Kritik, Protest, Widerstand. Frankfurt, S. 26 f.
- Wilkinson, Rordon; Hughes, Steve (Hrsg.) (2002): *Global Governance: Critical Perspectives*. London.
- Williams, Steven D. (2002): »Tracking the New World Order«. In: *space, culture*, H. 2, S. 158.
- Wolin, Sheldon S. (2004): *Politics and Vision: Continuity and Innovation in Western Political Thought*. Princeton.
- Wood, Ellen Meiksins (2003): *Empire of Capital*. London, New York.
- Zarembka, Paul; Soederberg, Susanne (Hrsg.) (2004): *Neoliberalism in Crisis, Accumulation, and Rosa Luxemburg's Legacy*. Amsterdam u. a.

Klaus Peter Kisker

Armut und Tod durch Freihandel

In einer Welt, die von Reichtum überquillt, sterben Menschen an Unterernährung, Seuchen und Wasserverschmutzung. Gestorben wird nicht¹, weil es auf der Welt zu wenig Nahrung, zu wenig Ärzte oder zu wenig Mittel für den Aufbau einer menschengerechten Infrastruktur gibt.² Sie werden ermordet – wie Jean Ziegler sagt – durch die Profitmaximierungsstrategien des international agierenden Kapitals. Unter seiner absurden Herrschaft ist der Hunger zu einer Milliarde Menschen bedrohlich geworden, die die Existenz von rund einer Milliarde Menschen bedroht. Allein die nüchternen statistischen Daten zeigen ein düsteres Bild.

Von den ca. 6 Mrd. Menschen auf der Erde leben 2,8 Mrd. – also fast die Hälfte – von weniger als 2 US-Dollar pro Tag, 1,2 Mrd. Menschen – also ein Fünftel der Menschheit – muss mit weniger als 1 US-Dollar pro Tag auskommen. Von diesen Ärmsten der Armen leben knapp die Hälfte (43,5 Prozent) in Südasien, ein knappes Viertel in Afrika südlich der Sahara (24,3 Prozent), ein weiteres knappes Viertel in Ostasien und in der Pazifikregion (23,2 Prozent), 6,5 Prozent in Lateinamerika und gut 2 Prozent in Europa (World Bank 2000/2001).

Das sind Länderzahlen, die nicht zeigen, wie sich Armut und Reichtum innerhalb der Nationen verteilt und polarisiert hat. Sie zeigen nicht, welches physische und psychische Elend in weiten Teilen der Welt herrscht.

In nur wenigen Regionen hat die extreme Armut (weniger als 1 US-Dollar pro Tag) abgenommen, insgesamt aber hat sich die Schere zwischen Armen und Reichen weiter geöffnet. Besonders bemerkenswert ist dabei: in den zwei Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg stagnierte die Entwicklung in den Ländern der Dritten Welt, der untere Scherenarm vertiefte sich, seit den 1970er Jahren sehen wir eine Entwicklung zur Unterentwicklung. Vertreter der Dritten Welt sprachen schon in den 1980er Jahren von dem verlorenen Jahrzehnt für ihre Länder.

- 1 Extreme Armut ist nicht nur, aber insbesondere ein Problem, das Kinder betrifft. Weltweit sind 219 Millionen Kinder unter 5 Jahren von Armut betroffen. Das sind 39 Prozent aller Kinder in den Entwicklungsländern und sogar 61 Prozent aller Kinder in Afrika. In den Entwicklungsländern sterben 11 Millionen Kinder unter 5 Jahren pro Jahr, das sind 30.000 Kinder pro Tag. Hauptursachen sind Armut, Krankheiten, Gewalt und Kriege. S. UNICEF (2001), *Welthungerhilfe* (18.12.2007) und Ziegler (2005: 31).
- 2 Nach Angaben von Jean Ziegler, Sonderberichterstatter der UN-Menschenrechtskommission für das Recht auf Nahrung könnten heute bei einer Weltbevölkerung von 6 Milliarden 12 Milliarden Menschen normal ernährt werden, s. Ziegler (2003: 14).